Weshalb die Verhinderung jeglicher Kritik an der Politik Israels konstitutive Funktion der Staatsräson der BRD ist.

Beitrag von Moshe Zuckermann als Vorwort zu Abraham Melzer "Die Antisemitenmacher", Westend Verlag, erschienen als Vorabdruck in den Nachdenkseiten vom 1. Oktober 2017

Aus dem Text:

"Angesichts der Blockbildung im Kalten Krieg waren die Westmächte, allen voran die USA, an einem starken westlichen Deutschland interessiert, das eine geopolitische Bastion gegen den Vormarsch des vom Osten kommenden Kommunismus bilden sollte. Hierfür war es notwendig, Deutschland seiner jüngsten verbrecherischen Vergangenheit durch Entnazifizierung zu entheben und in die »Völkergemeinschaft« zu integrieren. »Wiedergutmachung« – zumal in Form einer kalkulierbaren Materialisierung der Sühne – kam da der offiziellen Politik Deutschlands (nicht seiner Bevölkerung) wie gerufen, zumal sie als Vertrag zwischen Staaten einen formellen Status der Schuldabtragung, um nicht zu sagen: der Entschuldung, beanspruchen durfte.

Israel seinerseits war am deutschen Geld in höchstem Maß interessiert – es galt, die Infrastruktur zur Aufnahme der riesigen, mehr als eine Million Menschen umfassenden Einwanderungswellen von orientalischen Juden in den 1950er-Jahren herzustellen."

"Ein ideologisches Nebenprodukt dieses materiellen, von Interessen geleiteten Deals war die gleichsam stille Vereinbarung, dass Israel von der BRD stets auch politisch und diplomatisch unterstützt, mithin kaum je kritisiert werden würde."

Die Antisemitenmacher oder wie Kritik an der Politik Israels verhindert wird Veröffentlicht in: Antisemitismus, Kampagnen / Tarnworte / Neusprech

Wer die israelische Politik kritisiert, wird schnell als Antisemit gebrandmarkt. Das gilt auch für eine Vielzahl von Juden. Abraham Melzer zeigt in seinem neuen Buch "<u>Die Antisemitenmacher</u>", das am Montag im Westend Verlag erscheint, wie der Antisemitismus-Vorwurf missbraucht wurde und wird – und wem das nützt. Michael Kohlstruck vom Zentrum für Antisemitismusforschung bezeichnet das Buch als "einen wichtigen Debattenbeitrag", und Moshe Zuckermann hat das Vorwort dazu verfasst, das wir vorab exklusiv auf den NachDenkSeiten bringen. Von **Moshe Zuckermann**[*].

Der Begriff »Antisemitenmacher« ist beredt. Er verweist auf ein absichtsvoll Konstruiertes in der Auffassung des Antisemitischen, mithin auf die ideologische Grundlage der instrumentalisierenden Verwendung des Begriffs. Darin liegt seine provokante Dimension. Denn während nach 1945 der rigorose Kampf gegen den Antisemitismus zum zivilgesellschaftlichen Auftrag geronnen ist, zu einem unhinterfragbaren Muss eingedenk dessen, was in Auschwitz geschah, indiziert »Antisemitenmacher«, dass diese Notwendigkeit auch zu fremdbestimmten Zwecken vereinnahmt und – vom eigentlichen Kampf gegen das zu Bekämpfende abweichend – in einer Weise eingesetzt werden kann, dass die emanzipative Ausrichtung des Kampfes gegen den Antisemitismus heteronom eingefärbt, mithin völlig ausgehöhlt werden mag.

Dass sich darin ein struktureller Verrat am wirklich notwendigen Kampf gegen den Antisemitismus vollzieht, ist an sich schon so verwerflich, dass man es bei der generellen Verurteilung des Phänomens der manipulativen Vereinnahmung belassen könnte. Da aber das Phänomen im deutschen politischen Diskurs mittlerweile die Dimensionen einer Seuche angenommen hat, ist es notwendig, Motive und Gründe für die unbegreifliche Verbreitung dessen, was mittlerweile nichts anderes als eine perfide Verhunzung der vorgeblichen Gedenkemphase darstellt, zu erörtern. Zu zynisch sind die zunehmende Verhinderung von israelkritischen Veranstaltungen im deutschsprachigen Raum, die erzwungenen Raumverbote für deren Durchführung, die orchestrierten Besudelungs- und Verleumdungskampagnen im Internet und die daraus folgende Unterwanderung der freien Meinungsäußerung und des legitimen politischen Kampfes, als dass man diese Erscheinungen indifferent hinnehmen und zur Tagesordnung übergehen könnte. Das, unter anderem, macht die hohe Relevanz des vorliegenden Bandes aus.

Das Aufkommen der Antisemitenmacher und die seuchenartige Verbreitung ihrer öffentlichen Praxis wurzelt in den Motivationen verschiedener, vom Ziel her freilich miteinander verbandelter Gruppen bzw. sozialen und politischen Sphären, die idealtypisch wie folgt charakterisiert werden können. Da wären zunächst die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Diese fristen noch seit der BRD-Nachkriegszeit ein prekäres jüdisches Dasein, denn nicht nur sahen sie sich zu Beginn als nicht zu Deutschland gehörig (legendär ist das Postulat vieler ihrer damaligen Mitglieder, sie säßen »auf den Koffern«, will heißen: sie sähen weder ihre eigene noch die Zukunft ihrer Kinder in Deutschland), sondern sie mussten es auch hinnehmen, dass sie unter allen diasporischen Gemeinden der Welt in den Augen fast aller jüdischen Israelis als die schändlichsten galten: Wie können Juden nach der Shoah im Land der Täter leben? - fragte man, wobei freilich in der Frage selbst schon eine Art zionistische Selbstvergewisserung angelegt war. Nicht zuletzt dieser jüdische »Blick von außen« generierte die Grundmatrix eines latenten Schuldgefühls unter den in der alten Bundesrepublik lebenden Juden. Denn selbst wenn sie nicht dezidiert zionistisch ausgerichtet waren, mussten sie sich vor sich selbst eingestehen, dass sie, nahezu allesamt Holocaust-Überlebende aus dem osteuropäischen Raum, mit ihrem schieren Dasein in Deutschland eine lebensgeschichtliche Entscheidung getroffen hatten, die nicht nur in den Augen anderer Juden, sondern auch im eigenen Selbstverständnis eine Dimension moralischer Verworfenheit beinhaltete. Diese musste kompensiert werden, und nichts konnte dem dienlicher sein als eine rigorose Solidarität mit Israel. Es war absurd: Das Judenland, dem sie fremd waren und das sie zutiefst verachtete, weil sie ein diasporisches Leben im Land ihrer Verfolger gewählt hatten, gerann ihnen zur Projektionsfläche des Wettmachens ihrer ideologisch unannehmbaren Lebensentscheidung – Israelliebe als Entschädigung für die ideelle Unwirtlichkeit eines Lebens in Deutschland.

Schon in dieser Solidarität mit Israel der in Deutschland lebenden Juden sedimentierte sich, was der Zionismus ideologisch intendierte und den in der Diaspora lebenden Juden einzubläuen trachtete: die Gleichsetzung von Judentum, Zionismus und Israel als einer nicht auseinanderzudividierenden Triade. Mochten sich die zweite und dritte Generation der in Deutschland lebenden Juden in ihren realen Lebenswelten nach und nach noch so etabliert haben und ihr Dasein in Deutschland für legitim erachten, die ideologische (wohl auch kollektiv-psychisch zu erklärende) Verinnerlichung des Konnex von Judentum – Zionismus – Israel hatten sie solchermaßen vollzogen, dass sie auch zu dezidierten Platzhaltern der negativen Umkehrung der ideologischen Vermengung avancierten, namentlich der bewusst undifferenzierten Gleichsetzung von Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik.

Dazu eine generelle Randbemerkung: Es ist zwar müßig und doch immer wieder erforderlich, nachzuweisen, dass Antizionisten (mitunter auch Israelkritiker) zwar von Antisemitismus angetrieben sein können, Antisemitismus, Antizionismus und Kritik an Israel jedoch strikt voneinander zu unterscheiden sind, wenn man nicht in die Falle hineintappen möchte, den Antisemitismus-Vorwurf heteronom zu funktionalisieren. Antizionistisch eingestellte (orthodoxe oder kommunistische) Juden sind nicht ihrer Gesinnung wegen schon antisemitisch; ausgepichte Antisemiten können sich ohne Weiteres als prozionistische Israelfreunde erweisen; Israelkritiker – jüdisch oder nicht – dürfen den Anspruch erheben, nach dem Sachgehalt ihrer Kritik und nicht anhand fremdbestimmter Zuschreibungen beurteilt zu werden. Müßig ist es aber deshalb, dies Selbstverständliche immer wieder hervorzuheben, weil der Antisemitismus-Vorwurf längst schon zur ideologischen Waffe verkommen ist, mit der jegliche Kritik an Israel entschärft werden soll, wenn sie ans Eingemachte geht: an die nicht mehr von der Gesamtausrichtung des zionistischen Staates zu trennende Politik, welche nicht nur das an den Palästinensern begangene historische Unrecht perpetuiert, sondern den zionistischen Staat selbst in den historischen Abgrund treibt. Mit dem Antisemitismus argumentierende Israelapologeten verkennen dabei vollends, dass sie einer Politik das Wort reden, die deshalb als antizionistisch zu werten ist, weil sie den geschichtlichen Fortbestand des zionistischen Staates, mithin des gesamten zionistischen Projekts, im Innersten infrage stellt.

Es ist nun in diesem Zusammenhang, dass die anderen Gruppen bzw. Sphären der instrumentalisierenden Verwendung des Antisemitismus-Vorwurfs anzuvisieren sind. Denn die jüdischen Gemeinden in Deutschland, welche selbst in enger Kooperation mit der israelischen Botschaft in Deutschland, indirekt also auch mit dem israelischen Außenministerium agieren, hätten in Deutschland nichts zu bestellen, wenn sie sich nicht von der offiziellen Israelpolitik Deutschlands und der nachgerade konsensuellen Ausrichtung auf Israel der hegemonialen Presse- und Medienlandschaft Deutschlands unterstützt wüssten.

Auch das hat seine spezifischen historischen Gründe. Denn das offizielle Verhältnis Deutschlands zu den Juden, an denen Deutsche Monströses verbrochen hatten, verdinglichte sich sehr bald nach 1945 zu einem interessengeleiteten Deal zwischen der BRD und dem jüngst errichteten Staat Israel: dem Wiedergutmachungsabkommen von 1952. Bezeichnend war dabei, dass Deutschland zwar auch Privatpersonen »entschädigte«, die Hauptreparation aber dem jungen Judenstaat zugutekommen ließ, einem Staat, der zum Zeitpunkt des Holocaust noch gar nicht existiert hatte, in einer Region fern dem Kontinent, auf dem die Monstrosität begangen worden war, gegründet wurde, und nicht zur neuen Heimat eines Großteils der überlebenden Opfer werden sollte. D.h., der partikularen zionistischen Ideologie entsprechend vollzog sich schon zu diesem frühen Zeitpunkt gleichsam staatsoffiziellperformativ besagte Gleichsetzung von Judentum, Zionismus und Israel. Es erübrigt sich hervorzuheben, dass von keinem der beiden Deal-Partner das Factum brutum zur Kenntnis genommen wurde, dass nicht alle Juden Zionisten, nicht alle Zionisten Israelis und nicht alle Israelis Juden sind. Der Grund für den Abschluss des Deals bildeten, wie gesagt, kalkülbeseelte Interessen, welche ihrerseits nichts mit einer wie auch immer zu denkenden Gedenkemphase zu tun hatten: Angesichts der Blockbildung im Kalten Krieg waren die Westmächte, allen voran die USA, an einem starken westlichen Deutschland interessiert, das eine geopolitische Bastion gegen den Vormarsch des vom Osten kommunismus bilden sollte. Hierfür war es notwendig, Deutschland seiner jüngsten verbrecherischen Vergangenheit durch Entnazifizierung zu entheben und in die »Völkergemeinschaft« zu integrieren. »Wiedergutmachung« – zumal in Form einer kalkulierbaren Materialisierung der Sühne – kam da der offiziellen Politik Deutschlands (nicht seiner Bevölkerung) wie gerufen, zumal sie als Vertrag zwischen Staaten einen formellen Status der Schuldabtragung, um nicht

zu sagen: der Entschuldung, beanspruchen durfte. Israel seinerseits war am deutschen Geld in höchstem Maß interessiert – es galt, die Infrastruktur zur Aufnahme der riesigen, mehr als eine Million Menschen umfassenden Einwanderungswellen von orientalischen Juden in den 1950er-Jahren herzustellen. Dies vor allem mit dem Ziel, eine demografische Umgewichtung der nach dem 1948er-Krieg im neuen Israel entstandenen Lage, bei der gegenüber den nach Flucht und Vertreibung ca. 150000 im Kernland Israel verbliebenen Palästinensern der Anteil der jüdischen Bevölkerung sich auf rund 650000 belief.

Ein ideologisches Nebenprodukt dieses materiellen, von Interessen geleiteten Deals war die gleichsam stille Vereinbarung, dass Israel von der BRD stets auch politisch und diplomatisch unterstützt, mithin kaum je kritisiert werden würde. Gleiches galt für die deutschen Medien, und zwar nicht nur für die des Springer-Konzerns, bei dem die unabdingbare Israelsolidarität offizielles Postulat und praktisches Programm war. Weder die politische Klasse Deutschlands noch die hegemonialen Print- und elektronischen Medien würden sich bis zum heutigen Tag erlauben, eine rigorose Kritik an Israels Politik zu artikulieren, und wenn dies hier und da mal passiert, dann werden die Tabubrecher schnell zur Ordnung gerufen bzw. andere Offizielle der deutschen Politik (nach Israel) entsendet, um »die Wogen zu glätten«. Dieses Grundmuster hat sich seit Jahrzehnten kaum verändert, scheint sich vielmehr immer mehr verfestigt und radikalisiert zu haben. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich in den letzten fünf Jahrzehnten einer barbarisch betriebenen Okkupation und der systematischen Knechtung der palästinensischen Bevölkerung durch ein brutales israelisches Besatzungsregime immer offensichtlichere Gründe für eine rigorose Kritik an Israel und die unumwundene Verurteilung seiner Politik generiert haben. Es ist nun aber in diesem Zusammenhang des unabweisbar sich Offenbarenden, dass man die Triade Judentum – Zionismus – Israel auf den Plan gerufen hat, um – in der perfiden manipulativen Umkehr – jede Kritik an Israel und seiner staatstragenden Ideologie des Zionismus kurzerhand als antisemitisch zu apostrophieren, mithin die Kritiker in jedweder Hinsicht in die Schranken zu weisen bzw. mundtot zu machen. Was zu Beginn noch als emanzipativer Auftrag postuliert wurde (die rigorose Bekämpfung des wahren Antisemitismus), ist zur ideologischen Waffe, mithin zum manipulativen Herrschaftsinstrument verkommen (der unbegründete Antisemitismus-Vorwurf zwecks Verhinderung einer erforderlichen Kritik am Unrecht).

Eine besondere Ausprägung dieser Konstellation der manipulativ-instrumentalisierten Verwendung des Antisemitismus-Vorwurfs bildet die Gruppe der sogenannten »Antideutschen«. Obgleich sie von der realen Anzahl ihrer erklärten Mitglieder eher eine verschwindende Minderheit darstellt, hat sie es zu einer solchen Perfektion ihrer perfiden Agitation gebracht, dass sie auf keinen Fall ignoriert werden darf. Denn ihr (Un-)Geist hat mittlerweile in studentischen Ausschüssen, in Zeitungsredaktionen, in parteilichen Verbänden und politisch agierenden außerparlamentarischen Gruppen Einzug gehalten, sodass man eher von einem Resonanzboden der ursprünglichen Ideologie als von ihren konkreten institutionellen Manifestationen zu reden hat. Ihren Ursprung hatte diese Ideologie in der nach 1989 als Reaktion auf die Vereinigung beider deutschen Staaten aufgekommenen Bewegung, die unter der Parole »Nie wieder Deutschland« ihr (damals noch emanzipativ gemeintes) »antideutsches« Selbstverständnis kritisch zu artikulieren begann. Schnell genug verabschiedete sie sich allerdings von ihren ehemals linken Impulsen – mit dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus fand ihr sogenannter Antifaschismus eine alternative, auf Deutschland sich beziehende Identitätskoordinate: Da Deutschland an Juden ein Menschheitsverbrechen begangen hatte, waren es nunmehr »Juden«, an denen man sich im eigenen Selbstverständnis orientierte. »Antideutsche« waren es auch, die die Gleichsetzung von Judentum – Zionismus – Israel nachgerade zur proklamierten Parole erhoben: Die Solidarität mit »Juden« projizierten sie nunmehr auf das zionistische »Israel«,

hassten daher die Palästinenser und pseudokonsequent den Islam, sahen sich entsprechend auch als USA-solidarisch, weil sie in den USA die Hauptunterstützer von »Juden«, »Zionismus« und »Israel« erblickten, und so musste es kommen, dass sie die Reste ihrer ehemaligen linken Gesinnung zugunsten einer neokonservativ gefestigten Kapitalismusapologie abstreiften. Zur Parole geriet ihnen dabei auch im erwähnten Umkehrschluss der »Antisemitismus« beziehungsweise die Verfolgung von allem, was sie »antisemitisch« anmutete, zum ideologischen Fanal. Wenn es eine aus allertiefster deutscher Befindlichkeit handelnde Bewegung gibt, die als Antisemitenmacherin, ja als Inkarnation dieser ideologischen Praxis apostrophiert werden darf, dann sind es die »Antideutschen«.

Sie kennen dabei keine Grenzen, weder begrifflich vertretbare noch moralische: Alles, was sie sich zum Ziel ihrer »Antisemitismus-Bekämpfung« erkoren haben, ist ihrer hetzerischen Technik der Verleumdung, Besudelung und politischen Bezichtigung ausgesetzt. So verblendet sind sie dabei, so viel Lustgewinn scheinen sie auch bei ihren ideologischen Vernichtungsfeldzügen zu empfinden, dass sie jeden, den sie zum »Antisemiten« gemacht haben, akademisch, politisch oder sozial auszuschalten trachten; ja nicht einmal davor schrecken sie zurück, als deutsche Nachkommen der Tätergeneration, die sie nun einmal sind, kritische jüdische bzw. israelisch-jüdische Intellektuelle und Aktivisten, Kinder und Enkel von Shoah-Überlebenden, des »Antisemitismus« bzw. des »jüdischen Selbsthasses« zu bezichtigen. Wenige psycho-politische Degenerierungen können es mit dieser an Perversion aufnehmen.

Zur verlogenen Ideologie gerät dabei ihre echauffierte Agitation – letztlich aber die von allen hier erwähnten Gruppen betriebene »israelsolidarische« Aktivität – vor allem dadurch, dass »Juden« in ihr abstrahiert, der »Zionismus« enthistorisiert und »Israel« fern aller sozialen und politischen Realität dieses Landes als Kategorien verwendet werden. Weil »Juden« in »Israel« eine Zufluchtsstätte nach der Shoah gefunden haben, darf es keine Nakba der Palästinenser 1948 und keine nunmehr fünfzig Jahre währende Knechtung der Palästinenser durch Israels Okkupationspolitik gegeben haben. Der palästinensische Terror ist entsprechend gleichsam im luftleeren Raum entstanden. Dass die sozialen Klüfte in Israel bedrohlich zugenommen haben, das Land von ethnischen Konflikten und Spannungen in der Beziehung von säkularer Zivilgesellschaft und Religion gebeutelt ist, der Alltagsrassismus und andere Prozesse der Faschisierung bedenkliche Dimensionen angenommen haben – das alles tangiert die Israelsolidarisierer nicht sonderlich. Am schlimmsten (und entlarvendsten) ist jedoch ihre bewusste Ignorierung der historischen Sackgasse, in welche sich der Staat Israel über Jahrzehnte hineinmanövriert hat: Israel will offenbar weder die Zwei-Staaten-Lösung verwirklichen noch anerkennen, dass durch den selbst gewählten Fortbestand der Okkupation objektiv eine binationale Struktur entsteht, die - ob nun als binationaler Staat demokratisch offiziell abgesegnet oder, dies unterlassend, sich selbst zum Apartheidstaat erklärend – früher oder später zwangsläufig das Ende des zionistischen Staates zeitigen muss. Indem man sich aber mit einem solcherart ausgerichteten Israel solidarisiert, redet man nolens volens dem Untergang dessen, womit man sich vorgeblich solidarisiert, das Wort. Dieses Paradoxon ist bislang offenbar keinem der von abgründigen deutschen Befindlichkeiten umtgeriebenen Israelsolidarisierer auch nur zum Bewusstsein gelangt. Jene, die diese fundamentale Einsicht artikulieren, werden von ihnen schlicht als Antisemiten abgeschmettert.

Dass der Diskurs der in Deutschland agierenden Israelsolidarisierer mit der Matrix der politischen Kultur Israels (welche ihrerseits jegliche aus dem Ausland kommende Kritik am zionistischen Staat a priori als antisemitisch bewertet) korrespondiert, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die heteronom bestimmten Antisemitenmacher allesamt einen Verrat begehen: einen Verrat am Kampf gegen den wirklichen Antisemitismus, einen Verrat an

Israels realen politischen Interessen, einen Verrat an den durch diese schändliche Praxis Geschädigten, nicht zuletzt aber auch einen Verrat am Gedenken der historischen Opfer des Antisemitismus. Ihre Perfidie kontaminiert das, was historisch zum vordringlichen Gegenstand des emanzipativen Kampfes um eine Welt nach Auschwitz avanciert war. Die Antisemitenmacher sind ausgemachte Feinde dieses Kampfes.

Abraham Melzer: "<u>Die Antisemitenmacher. Wie die neue Rechte Kritik an der Politik Israels verhindert</u>", Westend Verlag, 288 Seiten, 2.10.2017

[«*] **Moshe Zuckermann** ist ein israelischer Soziologe und Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv. Seit 2009 ist er wissenschaftlicher Leiter der Sigmund-Freud-Privatstiftung in Wien.